Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/10771

25. 05. 98

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (20. Ausschuß)

zu dem Antrag der Abgeordneten Gabriele Fograscher, Adelheid Tröscher, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD – Drucksache 13/9608 –

Aktive Bevölkerungspolitik als Schwerpunkt in die Entwicklungszusammenarbeit aufnehmen

A. Problem

Der Antrag richtet das Augenmerk darauf, daß die Weltbevölkerung sehr schnell wächst und daß es insbesondere armen und ärmsten Ländern eine nachhaltige, wirtschaftliche, umweltgerechte und soziale Entwicklung erleichtern würde, wenn die Geburtenrate sinken würde. Eine Verlangsamung des Bevölkerungswachstums löse nicht alle Probleme, erleichtere aber nahezu alle Problemlösungen für eine zukunftsfähige Entwicklung. Die Beiträge der deutschen Entwicklungszusammenarbeit hätten diesem Problem nicht ausreichend Rechnung getragen. Die Bundesregierung solle aufgefordert werden, die Bevölkerungspolitik zu einem Schwerpunkt der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zu machen, gleichwertig neben Armutsbekämpfung, Schutz der Umwelt, Förderung der Bildung und Frauenförderung. Alle Maßnahmen, die indirekt bevölkerungspolitisch relevant seien, sollten intensiviert werden.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags, weil es nicht zutreffe, daß die deutsche Entwicklungszusammenarbeit der Bedeutung der Bevölkerungspolitik bisher nicht ausreichend Rechnung getragen habe.

Mehrheitsentscheidung im Ausschuß

C. Alternative

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag – Drucksache 13/9608 – abzulehnen.

Bonn, den 28. April 1998

Der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Dr. Manfred Lischewski Vorsitzender	**Anneliese Augustin** Berichterstatterin	**Gabriele Fograscher** Berichterstatterin
	Dr. Uschi Eid Berichterstatterin	**Dr. Irmgard Schwaetzer** Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Anneliese Augustin, Gabriele Fograscher, Dr. Uschi Eid und Dr. Irmgard Schwaetzer

I.

Der Antrag auf Drucksache 13/9608 wurde in der 219. Sitzung des Deutschen Bundestages am 12. Februar 1998 zur alleinigen Beratung an den Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung überwiesen.

II.

Der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat über den Antrag in seiner Sitzung am 4. März 1998 beraten.

Die Fraktion der CDU/CSU begrüßte, daß der Antrag die Bevölkerungspolitik als einen Schwerpunkt der Entwicklungszusammenarbeit kennzeichne. Es sei aber unzutreffend, wenn im Antrag unter den Feststellungen ausgeführt sei, die Beiträge der Deutschen Entwicklungszusammenarbeit hätten der Bedeutung der Bevölkerungspolitik bisher nicht ausreichend Rechnung getragen. Die Fraktion der CDU/CSU verwies dazu auf die BMZ-Schrift „Förderkonzept der Bevölkerungspolitik und Familienplanung" vom Juni 1991, wo detailliert dargelegt sei, was unter dem Gesichtspunkt Bevölkerungspolitik geschehen müßte. Im 10. Bericht der Bundesregierung zur Entwicklungspolitik werde sehr ausführlich dargelegt, in welch umfangreicher Weise sich die Bundesrepublik Deutschland hinsichtlich dieses Themas engagiere. Weiter wurde auf den gemeinsamen Antrag auf der Drucksache 12/8162 aus dem Jahre 1994 hingewiesen, wo detailliert dargestellt sei, was notwendig sei und daß sich die Bundesregierung schwerpunktmäßig der Bevölkerungspolitik widmen solle. Daß die Bundesregierung dieser Aufforderung nach Kräften nachgekommen sei, drücke sich auch in der Steigerung der Mittel aus, die man beispielsweise für UNFPA und IPPF zur Verfügung gestellt habe. Wie im Weltbevölkerungsbericht nachzulesen sei, gebe es auch durchaus Erfolge. Die Fraktion der CDU/CSU werde den Antrag aus den genannten Gründen ablehnen.

Von seiten der Fraktion der SPD wurde ausgeführt, daß die Intention des Antrags eine Folge verschiedener Inspektionsreisen sei. Unter II. beziehe sich der Antrag auch auf den Beschluß des Deutschen Bundestages aus der 12. Wahlperiode in der Drucksache 12/8162. Diesen Beschluß habe die Bundesregierung nicht in ausreichendem Maße umgesetzt. Wenn es auch inzwischen Anzeichen dafür gebe, daß sich das Bevölkerungswachstum nicht so dramatisch entwickeln werde, wie bisher angenommen, so wolle die Fraktion der SPD die Aufmerksamkeit doch noch einmal auf die hier in Rede stehende Problematik hinlenken. Vor allem sei es notwendig, alle Maßnahmen, die indirekt bevölkerungspolitisch relevant seien, zu intensivieren. Auf die Notwendigkeit des Zugangs von Frauen zu Bildungs- und Ausbildungsmaßnahmen, der Verbesserung der Einkommensmöglichkeiten für Frauen, die Senkung der Kindersterblichkeit und auf die Basisgesundheitsversorgung werde hingewiesen. Dies alles könne unter dem Stichwort Empowerment der Frauen zusammengefaßt werden. Es gehe auch darum, die Transparenz des Einzelplans 23 sicherzustellen. Spezifische bevölkerungspolitische Aktivitäten sollten zur besseren Übersichtlichkeit gesondert ausgewiesen werden. Unter II. 11. fordere der Antrag, die eklatanten Diskriminierungen von Frauen und Mädchen, die sich z.B. in der Form von Abtreibung weiblicher Föten sowie der Tötung weiblicher Neugeborener zeige, ausdrücklich zu verurteilen.

Die Bundesregierung trug vor, sie habe sich bei der Weltbevölkerungskonferenz 1994 in Kairo zu einem umfassenden Konzept von reproduktiver Gesundheit bekannt. Es umfasse mehr als Bevölkerungspolitik und Familienplanung, die jedoch wichtige Bestandteile seien. Der vorliegende Antrag falle hinter dieses moderne Verständnis zurück, indem er im wesentlichen demographische und bevölkerungspolitische Probleme anspreche. Der Beschluß des Deutschen Bundestages aus dem Jahre 1994 sei in seinen wesentlichen Punkten umgesetzt. Wo immer es möglich sei, mache die Bundesregierung ihre verurteilende Haltung zu den geschlechtsspezifisch schädlichen Praktiken, sei es die gezielte Abtreibung weiblicher Föten oder die genitale Verstümmelung von Mädchen und Frauen, deutlich.

Die Gruppe der PDS hielt den Antrag insofern für mangelhaft, als in ihm nicht gesagt sei, daß das Wachstum der Menschheit ein Ausdruck der sozialökonomischen Krise sei. Daß so viele Kinder zur Welt kämen, liege nicht nur an geistigen Traditionen, sondern das Wachstum signalisiere auch, daß es nicht gelinge, Völker in einen gewissen Wohlstand hineinzuführen.

Der Ausschuß lehnte den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. und der Gruppe der PDS gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

Bonn, den 28. April 1998

Anneliese Augustin	**Gabriele Fograscher**	**Dr. Uschi Eid**	**Dr. Irmgard Schwaetzer**
Berichterstatterin	Berichterstatterin	Berichterstatterin	Berichterstatterin

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53113 Bonn
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28/3 82 08 40, Telefax: 02 28/3 82 08 44
ISSN 0722-8333